



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 244), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Dienstag, den 2. März 1920

8 Seiten—No. 303

Wilson tritt jetzt für ein Referendum ein

Mag dadurch eine Spaltung in der demokratischen Partei herbeiführen; Hitchcock aber sieht darin einen Sieg seiner Partei

Alle Ausgleichsversuche werden fallen gelassen

Washington, 2. März.—Präsident Wilson scheint nunmehr entschlossen zu sein, das Volk bei der kommenden Wahl über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrags entscheiden zu lassen. Er verlangt, daß der demokratische Nationalkongress den Standpunkt einnimmt, den Vertrag in der vom Friedenskongress angenommenen Form gutzuheißen und dann dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.

Die Frage ist, ob Wilson stark genug sein wird, die Nationalkonvention zu kontrollieren. Ein demokratischer Senator sagte, daß es dem Präsidenten gelungen ist, einen großen Teil der demokratischen Senatoren ins Boot zu jagen, es sei

Obergericht erhält Verurteilung aufrecht

Redakteure der deutschen Zeitung in Philadelphia müssen Inhaftation antreten

Washington, 2. März.—Das Oberbundesgericht bestätigte die Verurteilung von drei Mitgliedern der Redaktion des früheren Philadelphia Tageblatts und Sonntagblatts wegen Verletzung des Espionagegesetzes zu einer Gefängnisstrafe. Zwei Mitglieder des Redaktionsstabes wurden freigesprochen. Das Gericht bestätigte die Verurteilung von Martin Dorkow und Louis Berner zu 5 Jahren und Hermann Lehman zu 1 Jahre; hob aber das Urteil gegen Paul Vogel und Peter Schaefer, die beide zu einem Jahr verurteilt waren, auf. Wegen der deutschen Redakteure lagen 9 Anklagen vor. Kurz zusammengefaßt wurden sie verurteilt wegen Veröffentlichung falscher Nachrichten über deutsche Siege und Niederlagen der Verbündeten, weil sie Amerikas Eintritt in den Krieg eine „Pankeprobleme“ nannten, wegen Verhinderung der Rekrutierung und wegen Verleumdung durch verschiedene Artikel die Regierung an der Fortführung des Krieges zu hindern.

Palmer meldet seine Kandidatur an

Washington, 2. März.—In einem Telegramm an den Sekretär des demokratischen Zentralkomitees von Georgia hat Generalanwalt Palmer angekündigt, daß er als Kandidat für die Präsidentschaft auftreten wird. Da Palmer einer der Vertriebenen des Präsidenten ist, schließt man daraus, daß der Präsident nicht in eine dritte Kandidatur eintreten will. So lange keine Erklärung des Präsidenten vorlag, haben sich die demokratischen Bewerber um sein Amt zurückgehalten. Jetzt erwartet man, daß in den nächsten Tagen andere Kandidaten ihre Anknüpfungen erklären werden. Als Kandidaten gelten: William G. McAdoo, W. J. Bryan, Senator Owen von Oklahoma, Herbert Hoover und Gouverneur Edwards von New Jersey. Bryan hat erklärt, selber kein Kandidat zu sein. Sollte er seinem Entschluß treu bleiben, so ist es eine gewichtige Frage, zu wessen Gunsten er seinen Einfluß in die Waagschale werfen wird. Man munkelt, daß Palmer seinen Beifall habe. Palmer ist der einzige Kandidat, der mit einer Organisation in den Wahlkampf eintritt, die er sich teils als Verwalter des öffentlichen Eigentums, teils als Generalanwalt geschaffen hat.

West-Virginia gegen Frauenstimmrecht

Charleston, W. Va., 2. März.—Die Ratifizierung des Frauenstimmrechts-Amendments ist vom Senat für West Virginia einstimmig abgelehnt worden. Bei der abstrichen Abstimmung standen die Stimmen 14 zu 14. Daraufhin stimmte Senator Horner, der die Resolution eingebracht hatte, mit Nein, wie man sagt, aus dem Grunde, daß das Amendement in Wiedererwägung gezogen werden sollte.

jedoch sicher, daß sich eine Spaltung in der demokratischen Partei vollziehen wird, sollte daraus gebrungen werden, die Annahme des Vertrags in dem demokratischen Nationalkongress durchzusetzen.

Anderer Ansicht ist Senator Hitchcock, sagend, daß, sollte die Ratifikationsfrage in die Wahlkampagne hineingetragen werden, die Republikaner unter sich uneinig werden würden, und ein demokratischer Sieg sicher sei.

Aus einer gestern vorgenommenen Umfrage ging hervor, daß 24 demokratische Senatoren mit dem Präsidenten in dieser Frage „durch dick und dünn“ gehen werden; möglich ist, daß es noch mehr sein werden, auf 24 aber kann sich der Präsident absolut verlassen. Sie haben versprochen, nie für den Lodge Einwand zu Artikel Xehn stimmen zu wollen.

In republikanischen Kreisen wird die Frage, auf welche Weise der Friedensvertrag in die Plattform aufgenommen werden kann, lebhaft erörtert. Man hat nachstehende „Manife“ befürwortet: „Die republikanische Partei unterstützt hiermit die Weigerung des Senats, den Friedensvertrag ohne Einwände, durch welche allein die Interessen der Ver. Staaten gefährdet werden, zu ratifizieren.“ Man glaubt, daß eine derartige Platte weitgehend genug sei, um alle Fraktionen, die gegen die Ratifikation in der vom Präsidenten einberufenen Form sind, zu vereinen.

Wie Senator McCormick von Illinois, der von einer Besondere bei seinen Konstituenten seinen nach Washington zurückkehrt, sagt, hat die Entlassung des Staatssekretärs Lansing und die Hinne Kontroverze unter dem Vorwand eine starke Strömung gegen Annahme des Friedensvertrags hervorgerufen. „Nach dem allem, was ich auf meiner Reise durch das zentrale Illinois und meinem Besuch in Chicago gehört habe, hat der Lansing Zwischenfall und die Hinne Frage bei tausenden Bürgern die Gefahr vor Augen geführt, daß wir unter Führung des Präsidenten leicht mit auswärtigen Mächten in Streitigkeiten verwickelt werden können. Männer und Frauen, die noch vor einigen Wochen Ratifikation mit Einwänden bekräftigten, opponieren jetzt dem Friedensvertrag vollständig. Sie lernen begreifen, daß die Ratifikation keinen Einfluß auf den auswärtigen Weltmarkt und auch keinen auf unser Exportgeschäft haben wird.“

Ueberragt, daß man in der Vertragsfrage unter den gegenwärtigen Umständen nicht weiter kommen kann, wendet man sich im Senat an deren legislativen Geschäften zu und wird die Vertragsfrage den politischen Nationalkonventionen zur Entscheidung überlassen. Ein diesbezüglicher Beschluß wird nach Abstimmung über den Einwand zu Artikel Xehn gefaßt werden.

Protestieren gegen Abfindung des Kaisers

Berlin, 2. März.—In einer Parteiverammlung der sozialistischen Partei von Groß-Berlin wurden Protestbeschlüsse gegen die im preussischen Landtage vorgeschlagene Entschädigung des früheren preussischen Königs Wilhelm des Zweiten für den Verlust seines Thrones angenommen. Ferner wurde verlangt, daß gegen die Krönung des Entschädigungsvertrages eingeschlagen werden soll. Mehrere Mitglieder des Ministeriums waren anwesend. Die Sozialisten gaben Warnung, daß im Falle einer Annahme des Entschädigungsvorschlages durch die bürgerlichen Parteien die Sozialisten von der Anteilnahme an den deutschen Regierungen zurücktreten würden.

Austrif in Afghanistan

London, 2. März.—Nachrichten aus Indien lassen erkennen, daß afghanische Stämme revolutionär, aber zu Paaren getrieben wurden. Sie verloren 120 Mann an Toten.

Wien dankt für empfangene Liebesgaben

1,000 Kisten Lebensmittel und Hilfsmittel in Wien eingetroffen; Hilfsaktion im besten Gange.

Der Exekutiv-Ausschuß des Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria, 24 North Moore Street, New York, N. Y., teilt mit, daß unter Mitwirkung der bewährten kirchlichen und sozialen Wohlfahrts-Gesellschaften in Österreich das Komitee „Hilfsaktion-Rotkreuz, Wien“ für die Verteilung der amerikanischen Liebesgaben in Österreich gebildet wurde. Von dieser Stelle hat das Central Committee folgendes Kabel erhalten: 13. Februar 1920.

„Centrelief, New York.—Banken für Hilfe über Geldbeschränkungen aus Berlin. Baggons treffen regelmäßig aus Hamburg ein. Aktion im besten Gange. Organisation mit größten Wiener Wohlfahrts-Institutionen schon ausgebaut. Uebermitteln allen Freunden, Spendern, Helfern unseren innigsten Dank und Gruß. Fernhilfe Rotkreuz, Wien.“

ebenso nachfolgendes Schreiben: „Die mit Zufahrt vom 5. Oktober 1919 dem österreichischen roten Kreuz angelegte Wabnung von 1,000 Kisten Lebensmittel für unterernährte Volkskinder in milden Städten Österreichs ist nunmehr in Wien eingetroffen und wird es uns zu hoher Freude, hiermit die erste wertvolle Befundung des großzügigen amerikanischen Hilfswerks für Österreich melden und bestätigen zu können.“

Entsprechend Ihren Intentionen haben wir die Verteilung der hierorts eingetroffenen 976 Kisten Lebensmittel eingeleitet, und werden es erlauben, nähere Mitteilung über den detaillierten Verlaufs demnächst zu übersenden.

Indem wir für die hochwürdige Aufstellung den innigsten Dank zum Ausdruck bringen, verbleiben wir in warmster Ergebenheit für das Komitee Fernhilfe Rotkreuz (ges.) Landwehrger.,“

Das Central Committee wird alle für Österreich, resp. Wien eingehenden Gelder der Fernhilfe zur Verteilung übergeben, falls nicht andere Bestimmungen seitens der Geber vorliegen.

Wilson entwirft Note an die Alliierten

Washington, 2. März.—Präsident Wilson hat mit der Ausarbeitung der Antwort auf die britischen und französischen Vorstellungen in der abstrichenen Frage begonnen. Unter den Vorbereitungsarbeiten ist er mit dem stellvertretenden Staatssekretär Wolf in Verbindung getreten. Im Weissen Haus sind keine Nachrichten darüber zu erhalten, wie weit Wilson mit Lloyd George und Millerand zur Verfolgung neuer Unterhandlungen zusammengehen wird.

Sunkspruch-Verlehe wieder aufgenommen

New York, 2. März.—Direkte drahtlose Verbindung zwischen den Ver. Staaten und den britischen Inseln wurde Montag morgen um 12.01 wieder aufgenommen, als die transatlantischen Funkstationen von der Regierung ihren Eigentümern wieder überlassen wurden. Zu gleicher Zeit begannen die Stationen an der Westküste zu Marcellus, Colinas und San Francisco ihre Verbindung mit Alaska und Kolumbien in Hawaii und Sumabahi in Japan wieder aufzunehmen.

Entente-Geschwader in den Dardanellen

Paris, 2. März.—Nach einer Depesche von Toulon wurde das französische Linienschwader nach dem Entreffen britischer Kriegsschiffe in den Dardanellen nach Konstantinopel beordert. Die Abfindung weiterer Kriegsschiffe nach türkischen Gesandtschaften wurde durch die Zusammenkunft zwischen französischen Truppen und türkischen „Rebellen“ in der Gegend von Karajik in Kleinasien veranlaßt.

Das Aufleben der deutschen Industrie

Amerikanische Kohle in Fabriken; Aufstundentag in hiesigen Gruben; das Saluta-Gleud.

Berlin, 2. März.—Die deutsche Industrie hatte in der abgelaufenen Woche weitere Fortschritte zu verzeichnen, allerdings, wie nicht anders zu erwarten, zum großen Teil mit ausländischer Hilfe. Die Amerikaner haben Kohle für Farbwerke geliefert und diese sind wieder in vollem Umfange in Betrieb gesetzt worden. Allerdings haben sich die Amerikaner, die das Fehlen gewisser Farbstoffe in ihrer Zelluloseindustrie sehr stark in Mitleidenschaft zieht, das Vorkaufrecht für die Produkte gesichert und auch mit den Eigentümern der Werke schon den Preis vereinbart.

Eine weitere frohe Kunde ist die, daß die hiesigen Bergarbeiter sich entschlossen haben, durchweg acht Stunden zu arbeiten, wenigstens bis weit in den Sommer hinein. Sie erhalten dafür eine nicht besonders hohe Aufbesserung ihrer Löhne.

Ein weiteres Zeichen, daß Deutschland sich ganz allmählich wieder aufrichtet, sieht man darin, daß die Schiffahrt nach Südamerika wieder aufgenommen wurde und daß schon ein Dampfer nach Argentinien unterwegs ist. Allerdings ist das Schiff, da große Anseher ja abgelehrt werden müssen, aus fremdem Besitz mehrmals übernommen worden.

Das Saluta-Gleud.

Zur Bekämpfung des Saluta-Gleuds hat sich hier ein „Deutscher Böhmer- und Arbeiterbund“ gebildet, dem bekannte Persönlichkeiten beigetreten sind. Es wird u. a. gegen Luxusausgaben, die den Wert der Mark brüden, aufzutreten.

Der Liefstand der Mark ermöglicht es unglücklichen Ausländern, für wenig Geld beträchtliche Vermögensobjekte zu übernehmen. In Wiesbaden haben sie soeben nicht weniger als sechs große Hotelanwesen gekauft. Allerdings liegt dort noch ein weiterer Grund für den Verkauf vor. Die Franzosen „zweibeln“ nämlich die Wiesbadener in unerhörter Weise und dabei mag der Zweck sein, die Hotels und andere Anwesen ihren eigenen Landsleuten in die Hände zu spielen.

Waffen-Einstellungen.

In der Tabakfabrikindustrie macht sich die Durchführung der neuen Steuererlasse eine wahre Panik geltend. Die Zigarettenfabrikanten erklären, sie würden den Betrieb lange nicht in dem gegenwärtigen Umfange aufrechterhalten können und haben schon Massenentlassungen verfügt.

Für Arbeiterwohnungen.

Das Wohnproblem in den großen Städten in Deutschland ist bekanntlich derart schwierig geworden, daß die meisten von ihnen in Angelegenheiten bekannt gegeben, daß Zugang nicht willkommen sei, ja viele erklären, neu Zuwandernde könnten überhaupt keine Wohnungen finden. Die Stadt Essen hat nun beschlossen, für die Arbeiter dort praktisch eingerichtete Wohnstätten zu schaffen und wird zu dem Zwecke eine Anleihe aufnehmen.

Lehrerinnen sollen nicht heiraten.

Die seit einiger Zeit in Bayern im Gange befindliche Agitation, den Lehrern an den öffentlichen Schulen zu erlauben, zu heiraten und doch ihren Beruf weiter auszuüben, ist gescheitert. Die rechtsstehenden Parteien haben sich verbündet, die betreffende Vorlage zu Fall zu bringen, was jetzt geschehen ist. In Baden werden jetzt die Volksschullehrer zum Hochschul-Examen zugelassen.

Der Erzberger-Sturm.

Erzberger, der vielgenannte, mag auch den gegenwärtigen Sturm noch überdauern, obwohl alle Anzeichen dafür sprechen, daß sein „Vorläufer“ ausgeschieden aus dem Ministerium dauernd sein wird. Er selbst behauptet, alle Anklagen entkräften zu können und es hat eine leichte Reaktion zu seinen Gunsten eingesetzt. Die Regierung hat soeben die im vorigen Jahre von Dr. Helfferich gegen Erzberger gerichtete Flugdrift beschlagnahmt.

Bekannter Kunstschriftsteller tot.

Der außerordentliche Professor an der Universität Jena, Dr. Rudolph Schöeller, ist gestorben. Er war zuletzt Direktor des Goethe-Schiller-Museums und hat viel über Kunst und Literatur geschrieben. Dr. Schöeller war in Elberfeld geboren und ist 53 Jahre alt geworden.

Anti-Prohibition gewinnt an Stärke

New Jersey hat die Forderung, nimmt eine Kompromißvorlage über Spirituosen an.

Trenton, N. J., 2. März.—Der Senat von New Jersey nahm gestern abend spät mit 12 gegen 9 Stimmen eine Kompromiß-Vorlage an, welche die Herstellung und den Verkauf und die Transportation von geistigen Getränken, die nicht über 3 1/2 Prozent Alkohol Kammosoh enthalten, genehmigt. Die Unterzeichnung des Gouverneurs wird im Laufe des Tages erwartet. Das Gesetz wird nach Friedensschluß in Kraft treten.

New York wird sich anschließen. Albany, N. Y., 2. März.—In der Legislatur ist eine Vorlage eingebracht, welche den Widerruf des Spirituosenvertrages fordert und ein Lizenzsystem für den Handel in Getränken mit nicht über 6 Prozent Alkoholgehalt vorschlägt.

Massachusetts stimmt „na“. Boston, Mass., 2. März.—Unter den 67 Mitgliedern in Massachusetts, die gestern Gemeindevorstellungen abhielten, folgten viele der Majorität bei den letzten Dezemberwahlen abgegebenen Stimmen, indem sie sich zu Gunsten eines Lizenzsystems in Behandlung der Spirituosenfrage entschieden. In manchen Fällen war es das erste Mal, daß die Gemeinden „na“ stimmten.

Passagiere des „Bohemian“ gerettet

Halsfar, 2. März.—Der Dampfer Bohemian, der Montag morgen in einem Schneesturm auf einen Felsen aufguckte, wird dadurch flott zu machen versucht, daß man die über Schwimmboje bestehende Kabine über Bord wirft. Die 64 Passagiere des Dampfers sind hier gelandet worden, wogegen die 120 Mann starke Besatzung an Bord verblieb. Es sind keine Verwundungen unter den Dampfer abgehoben. Die Passagiere trafen in 7 Rettungsbojen vier Stunden in der Nähe des Dampfers, bis sie von dem Schlepper Roebling aufgenommen wurden. Frauen und Kinder wurden zuerst in die Rettungsboje gebracht. Viele waren nur mit ihren Rocken bekleidet. Jhnen wurden von den Schiffen Woldecken zugeordnet. Sie langten guten Mutes in Halsfar an.

Nach einer späteren Meldung ist der Bohemian heute morgen entwirrt und wird ein vollständiger Reibung sein. Die Offiziere und Mannschaften retteten sich, als das Schiff zu sinken begann.

Kommunisten-Führer Bela Kun entwischt

London, 2. März.—Offiziellen Nachrichten gemäß ist der frühere kommunistische Führer in Ungarn, Bela Kun, und mehrere seiner Spießgesellen aus Oesterreich, wofür er interniert war, entwischt. Es heißt, daß er sich wieder nach Ungarn gegeben hat und versuchen wird, dort die Gewalt wieder an sich zu reißen.

Blutige Schlägerei in den Straßen London's

London, 2. März.—Gegen 50 Personen wurden in den Straßen Londons am Montagabend verlegt, als ein Unzug entlassener Soldaten zum Protest gegen die Entlassung von Veteranen aus Regierungs-Anstellungen mit der Polizei zusammenstieß.

Mexiko legt Protest ein.

Stadt Mexiko, 2. März.—Die Regierung hat heute den mexikanischen Vertreter in Washington angewiesen, bei der Regierung der Ver. Staaten gegen die Ermordung des Perikones Cornejo, der kürzlich in Colorado ermordet worden sein soll, Protest zu erheben.

Polen verlangt Schadenersatz.

Kopenhagen, 2. März.—Die National Tidende meldet, daß Polen von Sowjetrußland die Summe von 31,500,000 Mark in Gold verlangt, soll der Friede zwischen diesen beiden Reichen hergestellt werden.

Regulierung von Wastata.

Washington, 2. März.—Die Klagen von Gasgesellschaften, die in mehreren Staaten interessiert sind, können von den betreffenden Staaten festgesetzt werden. So hat das Obergericht entschieden.

Wiederbelebung der Prohibitionsfrage

Entscheidung über Herstellung und Verkauf von Bier und leichten Weinen mag dem Volke zur Abstimmung unterbreitet werden

Vertragsfrage soll in Hintergrund gestellt werden

Washington, 2. März.—(United States Press.) Die Durchführung des Prohibitionsgesetzes mag in der kommenden Wahlkampagne die Verlagsfrage überschatten; dieses geht aus der Entwicklung der politischen Lage während der letzten paar Tage hervor.

Da es auf der Hand liegt, daß der Senat sich nicht auf einen Ausgleich in der Vertragsfrage einigen kann, der in die Wahlkampagne hineingezerrt werden wird, ist eine Verlegung im Gange, sie dadurch zu verfeinern, daß man die Prohibitionsfrage wieder in den Vordergrund schiebt. Sinter dieser Verlegung stehen Politiker, die nicht wünschen, daß der Vertrag zur

Frantz, Bahnstreik ist schon beendet

Erscheint mit einer vollständigen Verlage der Arbeiter abgeschlossen zu haben.

Paris, 2. März.—Der Streik der französischen Eisenbahner wurde gestern abend beendet. Hiesigen den Direktoren der Bahnen und den Eisenbahner wurde ein Uebereinkommen erzielt, worauf der nationale Verband die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit anordnete. Die Zusammenkunft zwischen den Arbeiterdelegierten und den Eisenbahndirektoren fand auf Veranlassung des Nationalverbandes statt. Man einigte sich rasch über die meisten Punkte des Verbandsprogramms, die eigentlich gar nicht in Frage standen. Schwierigkeiten entstanden über die Frage, welche Strafe den Streikern auferlegt sei. Man einigte sich schließlich dahin, diese Frage dem Premierminister schlicht vor, daß den Streikern für die Streikstage kein Lohn bezahlt werden sollte, daß die Weigerung der antilichen Aufforderung zur Aufnahm der Arbeit nachzukommen nicht bestraft werden sollte, und daß jeder Direktor sonstige Strafen im Sinne der Gerechtigkeit verfügen sollte. Dies ward angenommen.

Deutsche Angeklagte wollten sich U. S. stellen

Lloyd George lehnte ab; des Kriegstretels Beschuldigte geben neue Erklärung ab.

Paris, 2. März.—Die Deutschen, welche von den Alliierten des Krieges freigesetzt sind, waren, so heißt es, willens, sich in den Ver. Staaten in amerikanischen Gerichten zu verantworten zu lassen. Dieser Vorfall wurde dem Obersten Rat unterbreitet, jedoch von Lloyd George verworfen. Unter denjenigen, die gewillt waren, sich in amerikanischen Gerichten zu verantworten, waren Rudolph, v. Hindenburg, Kronprinz Rupprecht, Admiral v. Tirpitz und der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg.

Die Scherzseite der Medaille.

Einer Berliner Depesche zufolge hat eine Anzahl prominenter Generale und Admirale, die von den Alliierten als Kriegstretler bezeichnet worden, eine Erklärung erlassen, in der sie sich abermals weigern, sich einem ausländischen Gericht zu stellen, sich aber bereit erklären, sich vor einem deutschen Richter verantworten zu lassen, in dessen Gerichtsbarkeit sie Vertrauen haben. Die Erklärung ist unterzeichnet von den Generälen Wundt, v. Falkenhahn, Ferdinandschall v. Klud, den Admirälen v. Tirpitz und Schroeder und anderen. Ein deutscher Richter, so heißt es, wird in Uebereinstimmung mit deutschen Gesetz richten.

Die Unterzeichner erklären, daß sie die volle Verantwortlichkeit für alle von ihnen gegebenen Befehle übernehmen und verlangen eine baldigen Prozeß im Interesse ihrer eigenen Ehre und derjenigen Deutschlands. Sie erklären auch, daß die Antwort der Entente vom 16. Feb. ein neuer Angriff auf die deutsche Nation und ihre Souveränität sei, da auch das Verlangen um Auslieferung der Deutschen keineswegs aufgegeben sei.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Regen oder Schnee (mit heute abend und Mittwoch, Kälter.

Für Nebraska — Wahrscheinlich Regen oder Schnee heute nacht und Mittwoch; Kälter.

Für Iowa — Zunehmende Bewölkung, wahrscheinlich Regen oder Schnee, beginnt spät heute abend oder Mittwoch, Kälter am Mittwoch und im westlichen Teil heute abend.

Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt

Washington, 2. März.—(United States Press.) Die Durchführung des Prohibitionsgesetzes mag in der kommenden Wahlkampagne die Verlagsfrage überschatten; dieses geht aus der Entwicklung der politischen Lage während der letzten paar Tage hervor.

Frantz, Bahnstreik ist schon beendet

Erscheint mit einer vollständigen Verlage der Arbeiter abgeschlossen zu haben.

Paris, 2. März.—Der Streik der französischen Eisenbahner wurde gestern abend beendet. Hiesigen den Direktoren der Bahnen und den Eisenbahner wurde ein Uebereinkommen erzielt, worauf der nationale Verband die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit anordnete. Die Zusammenkunft zwischen den Arbeiterdelegierten und den Eisenbahndirektoren fand auf Veranlassung des Nationalverbandes statt. Man einigte sich rasch über die meisten Punkte des Verbandsprogramms, die eigentlich gar nicht in Frage standen. Schwierigkeiten entstanden über die Frage, welche Strafe den Streikern auferlegt sei. Man einigte sich schließlich dahin, diese Frage dem Premierminister schlicht vor, daß den Streikern für die Streikstage kein Lohn bezahlt werden sollte, daß die Weigerung der antilichen Aufforderung zur Aufnahm der Arbeit nachzukommen nicht bestraft werden sollte, und daß jeder Direktor sonstige Strafen im Sinne der Gerechtigkeit verfügen sollte. Dies ward angenommen.

Deutsche Angeklagte wollten sich U. S. stellen

Lloyd George lehnte ab; des Kriegstretels Beschuldigte geben neue Erklärung ab.

Paris, 2. März.—Die Deutschen, welche von den Alliierten des Krieges freigesetzt sind, waren, so heißt es, willens, sich in den Ver. Staaten in amerikanischen Gerichten zu verantworten zu lassen. Dieser Vorfall wurde dem Obersten Rat unterbreitet, jedoch von Lloyd George verworfen. Unter denjenigen, die gewillt waren, sich in amerikanischen Gerichten zu verantworten, waren Rudolph, v. Hindenburg, Kronprinz Rupprecht, Admiral v. Tirpitz und der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg.

Die Scherzseite der Medaille.

Einer Berliner Depesche zufolge hat eine Anzahl prominenter Generale und Admirale, die von den Alliierten als Kriegstretler bezeichnet worden, eine Erklärung erlassen, in der sie sich abermals weigern, sich einem ausländischen Gericht zu stellen, sich aber bereit erklären, sich vor einem deutschen Richter verantworten zu lassen, in dessen Gerichtsbarkeit sie Vertrauen haben. Die Erklärung ist unterzeichnet von den Generälen Wundt, v. Falkenhahn, Ferdinandschall v. Klud, den Admirälen v. Tirpitz und Schroeder und anderen. Ein deutscher Richter, so heißt es, wird in Uebereinstimmung mit deutschen Gesetz richten.

Die Unterzeichner erklären, daß sie die volle Verantwortlichkeit für alle von ihnen gegebenen Befehle übernehmen und verlangen eine baldigen Prozeß im Interesse ihrer eigenen Ehre und derjenigen Deutschlands. Sie erklären auch, daß die Antwort der Entente vom 16. Feb. ein neuer Angriff auf die deutsche Nation und ihre Souveränität sei, da auch das Verlangen um Auslieferung der Deutschen keineswegs aufgegeben sei.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Regen oder Schnee (mit heute abend und Mittwoch, Kälter.

Für Nebraska — Wahrscheinlich Regen oder Schnee heute nacht und Mittwoch; Kälter.

Für Iowa — Zunehmende Bewölkung, wahrscheinlich Regen oder Schnee, beginnt spät heute abend oder Mittwoch, Kälter am Mittwoch und im westlichen Teil heute abend.

Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt